



Es tut sich eine Menge in Hamburg! Der Entwurf für den Schulentwicklungsplan (SEPL) der allgemeinbildenden Schulen wird nun doch länger diskutiert, als Behörde und Senat das vorgesehen hatten. Die Deputationsitzung der BSB fällt vor den Herbstferien aus. Der SEPL kann also erst auf der nächsten Sitzung nach den Herbstferien beraten werden und auch der Schulausschuss der Bürgerschaft hatte zu einer zusätzlichen öffentlichen Anhörung am 18.9.2019 eingeladen. Die Stellungnahme der Hamburger GEW zum SEPL kann unter https://www.gew-hamburg.de/sites/default/files/download/aktuelle-meldungen/stellungnahme_gew_zum_sepl1.pdf abgerufen werden.

Der im Zusammenhang mit dem sogenannten Schulfrieden vereinbarte Vertrag zwischen SPD, GRÜNEN, CDU und FDP enthält unter anderem eine offizielle Ankündigung einer besseren Entlohnung der Grund- und Stadtteilschullehrkräfte nach A13Z. Das begrüßen wir, das ist unser Erfolg! (siehe in dieser Ausgabe S. 8) Wir kritisieren, dass die gerechte Bezahlung in kleinen Trippelschritten erst bis zum 1.8.2023 erfolgen soll und dass immer noch nichts Konkretes auf dem Tisch liegt. Bei anderen Themen kann es der BSB nicht schnell genug gehen und hier wird es auf die lange Bank geschoben. Wann fängt die BSB

endlich an, an der Gesetzesvorlage zu arbeiten? Die betroffenen Kolleg_innen wollen zu Recht endlich wissen, was los ist!

Ein weiterer Erfolg der Gewerkschaften ist die Abschaffung der Kostendämpfungspauschale bei der Beihilfe zum 1.1.2020. Aber auch hier ist die Sache noch nicht ganz in trockenen Tüchern. Am 17.9.2019 wurde die Vorlage im Landespersonalausschuss diskutiert und voraussichtlich im Oktober in der Bürgerschaft beraten. Ein paar Wermutstropfen hat allerdings auch diese Vorlage: die Beihilfefähigkeit von Heilpraktikerleistungen wird stark eingeschränkt und auch bei den Sehhilfen soll gespart werden.

Anja Bensinger-Stolze, Fredrik Dehnerdt, Sven Quiring

Es geht voran

Hier wollte man jegliche finanzielle Unterstützung streichen; dies konnten der DGB und die Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes abwenden.

Als Folge der Tarifrunde 2019 war am 17. September in der Bürgerschaft die Verabschiedung des Gesetzes zur Anpassung der Besoldung und Versorgung der Hamburger Beamt_innen geplant. Mit den Oktoberbezügen sollte dann rückwirkend zum 1.1.2019 die Besoldungserhö-

hung bei den Kolleg_innen ankommen. In der GEW-Geschäftsstelle sind dann wieder neue Beamtenbesoldungstabellen zu bekommen. Auch hier fallen die Dinge nicht vom Himmel, sondern sind Resultat der Streiks der Tarifbeschäftigten und der harten Verhandlungen der Gewerkschaften mit den Arbeitgebern.

Außerdem hat sich in Hamburg ein neues Bündnis „Mehr Zukunft in der Schule“ gegründet. Die Beteiligten sind sich darüber einig, dass sich zu viele schulpolitische Entscheidungen vor allem dadurch auszeichnen, dass sie ohne die Beteiligung der Betroffenen beziehungsweise ausdrücklich in „Hinterzimmergesprächen“ zustande kommen. Das Neue und Besondere an diesem Bündnis ist nicht zuletzt die Zusammensetzung: Vereinigung der Leitungen der Hamburger Gymnasien und Studienseminare, Verband Hamburger Schulleitungen, Vereinigung der Schulleiter/innen der Hamburger Stadtteilschulen in der GGG, Vereinigung der Schulleiterinnen und Schulleiter an beruflichen Schulen in Hamburg e.V., Elternkammer Hamburg, Lehrerkammer Hamburg, SchülerInnenkammer Hamburg und die GEW

Hamburg. Gemeinsam wird die Entstehung bisheriger Entwürfe und Entscheidungen zu zentralen Bildungsfragen kritisiert: die besten Lösungen für die Hamburger Kinder und Jugendlichen und für ihre Schulen können nur gemeinsam und vor Ort gefunden werden! „Mehr Zukunft in der Schule!“ D.h. für alle Beteiligten: mehr Dialog, mehr Verantwortung und mehr Zeit für die beste Bildung in Hamburg! (Mehr dazu auf S. 18f)